



Berlin aktuell

5. Dezember 2008



Monika Brüning, MdB

Die politische Lage in Deutschland

Kein Wettlauf um Milliarden

Vor dem EU-Gipfel am 11./12. Dezember hat unsere Bundeskanzlerin Angela Merkel in ihrer Regierungserklärung am Donnerstag im Bundestag "spannende und harte Verhandlungen" angekündigt. Vom Klimaschutz und einer ausgeglichenen Finanz- und Wirtschaftspolitik darf trotz Finanzkrise nicht abgewichen werden. Wir sehen uns globalen Problemen gegenüber, bei denen nationale Lösungen nicht ausreichen. Die Bundeskanzlerin unterstrich deshalb zu Recht die Vorreiterrolle Europas und appellierte an die Einigkeit der 27 Mitgliedsstaaten. Deutschland wird bei dem Gipfel vor allem darauf dringen, die Beihilferegeln und Regulierungsvorschriften der EU zu lockern. Das schafft größere Freiräume, um schnell und adäquat zu handeln. Mit dem Investitionspaket, das der Bundestag in dieser Woche verabschiedet hat, sind wir eines der führenden Länder, was die Reaktionen auf die Wirtschaftskrise anbelangt. In den kommenden zwei Jahren werden damit Investitionen von 50 Mrd. Euro ange-regt.

Gleichzeitig müssen wir aber auch zur Besonnenheit in der Krise mahnen. Von allen Seiten werden jetzt Forderungen und Vorschläge laut. So unterschiedlich diese Vor-stellungen auch sind, eines haben sie gemeinsam: Die breite Kritik am Regierungs-handeln der Bundesregierung. Großspurig werden dann dagegen die eigenen Positi-onen als das einzig Richtige gepriesen. Leider kann niemand vorgeben, über Erfah-rungen in einer solchen Situation zu verfügen, da sie so noch nie dagewesen ist. Vie-le Forderungen widersprechen sich, oder stehen in direktem Gegensatz zum noch vor wenigen Monaten Geäußerten. Ein nicht ganz neuer, dafür aber wieder mit Ve-hemenz geforderter Vorschlag kommt vom eigenen Koalitionspartner: Der Ruf nach so genannten Konsumgutscheinen. Ganz so einfach handhabbar, wie von der SPD dargestellt, ist ein solches Instrument jedoch nicht. Die Ausgabe von Steuerschecks

würde nicht nur einmalig 20 Mrd. Euro, sondern auch jedes Jahr zusätzlich eine weitere Mrd. Euro Zinsen kosten! Das heißt, der Steuerzahler wird nicht nur einmalig, sondern jedes Jahr in Milliardenhöhe belastet. Es ist sicher nicht klug, künftigen Generationen das aufzubürden.

Wir spüren auch so schon im aktuellen Weihnachtsgeschäft eine positive Entwicklung bei den Konsumausgaben der privaten Haushalte. Gegenwärtig kaufen die Bürger auch ohne Gutscheine. Bei zu vielen Diskussionen über dieses Thema besteht Gefahr, dass die Menschen die Ausgabe solcher Schecks abwarten, und die jetzige positive Entwicklung behindern würden.

Wir dagegen dürfen nicht das Falsche tun, nur um den Anschein von Handlungsschnelligkeit zu erwecken. Reiner Aktionismus war noch nie sinnvoll zur Abwendung einer Krise. Effekthascherei und Stimmenfang haben hier nichts zu suchen. Wir dagegen denken schon weiter: Wirken Steuersenkungen in einem Umfeld wirtschaftlicher Verunsicherung als Nachfrageimpuls, oder wird das Geld dann nicht eher auf die hohe Kante gelegt? Wenn es mehr Konsum gibt, wie hoch ist der Anteil der Produkte, die im Ausland hergestellt sind? Und wie vertrauensbildend sind eigentlich befristete Steuersenkungen, die die Ankündigung der nächsten Steuererhöhung bereits in sich tragen? Diese Fragen beantwortet keiner der „Neunmalklugen“.

Für uns kann es nur darum gehen, zielgenau Maßnahmen zu ergreifen. Darüber hinaus müssen diese Handlungen wirksam und zeitlich befristet sein. Außerdem müssen sich diese Maßnahmen in das einfügen, was wir grundsätzlich für richtig halten. Es macht keinen Sinn, in der Krise den Kompass über Bord zu werfen. Die Bundesregierung darf deshalb den Wettlauf um Subventionen, den Wettlauf um Milliarden, nicht mitmachen. Panikreaktionen zulasten künftiger Generationen sind der denkbar falsche Weg. Bei einer Krise, deren Verlauf nicht vorhersehbar ist, darf im ersten Anlauf nicht das gesamte Pulver verschossen werden. Was wir tun, ist, Investitionen in die öffentliche Infrastruktur zu stärken. Wir müssen Anreize bieten, dass Unternehmen ihre Ausrüstungsinvestitionen zeitlich vorziehen. Und wir versuchen, gerade die mittelständische Wirtschaft mit „flüssigem Geld“ zu versorgen. Das ist schwierig, weil der Interbankenmarkt immer noch nicht so funktioniert, wie er sollte. Daneben sollten wir aber auch die positiven Fakten betrachten: Die Entwicklung der Rohstoffpreise geht in die richtige Richtung. Die Inflationsrate und das Zinsniveau gehen deutlich nach unten. Wir müssen weiterhin sehr genau beobachten, wie sich die konjunkturel-

le Entwicklung in den nächsten Wochen darstellt. Wir müssen schauen, wie die Programme, die international aufgelegt werden, sich entwickeln. Wir müssen schauen, wie sich das Thema Weihnachtsgeschäft im Bereich des privaten Konsums entwickelt. Deshalb wollen wir Anfang Januar erneut beraten, ob und welche zusätzlichen Maßnahmen nötig sind.

„Die Woche im Parlament“

In dieser Woche hat uns die Bundeskanzlerin in einer **Regierungserklärung** einen **Ausblick auf den Europäischen Rat am 11. und 12. Dezember 2008** gegeben. Schwerpunktthemen des Europäischen Rates werden das weitere Verfahren zur Fortsetzung des Ratifikationsprozesses des Vertrags von Lissabon, das Energie- und Klimapakete der Europäischen Union sowie die Finanzkrise und ihre Auswirkungen auf die Wirtschaft sein.

Mit dem **Jahresbericht des Wehrbeauftragten 2007** haben wir einen Einblick in Herausforderungen und Probleme der Bundeswehr auf der Grundlage der Eingaben unserer Soldatinnen und Soldaten erhalten. Der Bericht hebt die Vereinbarkeit von Dienst und Familie erneut als wesentliches Attraktivitätsmerkmal hervor. Der Wehrbeauftragte richtet diesmal ein besonderes Augenmerk auf den Bereich „Fitness und Sport“ und stellt fest, dass der Anteil Übergewichtiger in der Altersgruppe 18-29 Jahre unter Soldaten

höher als in der Zivilbevölkerung ist. Angesichts dessen sieht der Wehrbeauftragte Bedarf für ein wirksames Programm zur gesundheitlichen Aufklärung und zur Reform der Strukturen im Dienstsport.

In Anbetracht der weltweiten Konjunkturabschwächung als Folge der ersten Krise auf den globalen Finanzmärkten ist es eine vorrangige Aufgabe, Wachstum und Beschäftigung auch weiterhin zu sichern. Deshalb hat die Bundesregierung am 5. November 2008 das Maßnahmenpaket **„Beschäftigungssicherung durch Wachstumsstärkung“** beschlossen, das nunmehr in 2. und 3. Lesung mit dem **Gesetz zur Umsetzung steuerrechtlicher Regelungen des Maßnahmenpakets** auf den Weg gebracht wurde. Zum 1. Januar 2009 soll befristet für zwei Jahre eine degressive Abschreibung für bewegliche Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens in Höhe von höchstens 25 Prozent eingeführt werden. Zusätzlich ist vorgesehen, die

Möglichkeit der Inanspruchnahme von Investitionsabzugsbeträgen und Sonderabschreibungen für kleinere und mittlere Unternehmen zu erweitern. Außerdem wird die steuerliche Absetzbarkeit von Aufwendungen für Handwerkerleistungen ausgeweitet. Für PKW mit Erstzulassung ab dem 5. November 2008 bis zum 30. Juni 2009 wird eine befristete Kfz-Steuerbefreiung für ein Jahr eingeführt, um die Kaufzurückhaltung bis zur Klarheit über die Umstellung der Kfz-Steuer auf CO₂-Basis aufzulösen. Für Fahrzeuge, die die Euro-5- und Euro-6-Norm erfüllen, verlängert sich die maximale Kfz-Steuerbefreiung auf zwei Jahre ab Erstzulassung. Die Kfz-Steuerbefreiung endet in jedem Fall am 31. Dezember 2010. Die steuerrechtlichen Maßnahmen führen insgesamt zu einer Entlastung von rd. 4,1 Mrd. Euro und fördern in den kommenden Jahren Investitionen und Aufträge von Unternehmen und Privaten in Höhe von insgesamt über 25 Mrd. Euro.

Mit dem in 2. und 3. Lesung verabschiedeten **Familienleistungsgesetz** werden Familien in unterschiedlichen Lebenssituationen und mit unterschiedlichen Bedürfnissen gefördert und steuerlich entlastet. Dies erfolgt einerseits durch Erhöhung des Kinder-

freibetrages und des Kindergeldes. Andererseits erfolgt dies mittels deutlicher Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit haushaltsnaher sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und haushaltsnaher Dienstleistungen. Dazu zählen auch Pflege- und Betreuungsleistungen. Damit schaffen wir günstigere Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie, Pflege und Beruf. Die gestaffelte Kindergelderhöhung bereits ab dem dritten Kind kommt besonders Mehrkindfamilien sowie Familien in unteren und mittleren Einkommensbereichen zugute. Die Gesamtentlastungswirkung des Paketes beträgt über 2 Mrd. Euro. Die Entlastung soll bereits ab 1. Januar 2009 gelten.

In 2. und 3. Lesung haben wir das **Fünfte Gesetz zur Änderung des Zweiten Buches Sozialgesetzbuch** verabschiedet. Dieses sieht eine Neuregelung der Beteiligung des Bundes an den Leistungen der kommunalen Träger für Unterkunft und Heizung im Rahmen der Grundsicherung für Arbeitsuchende vor. Wegen der Veränderung der Zahl der Bedarfsgemeinschaften erfolgt eine gesetzmäßige Anpassung für das Jahr 2009. Hierdurch wird gewährleistet, dass die Kommunen um jährlich 2,5 Mrd. Euro entlastet werden. Die Beteiligung des Bundes wird für das Jahr 2009 für Nie-

dersachsen auf 25,4 Prozent festgesetzt.

Zentrales Ziel des in 2. und 3. Lesung verabschiedeten **Gesetzes zur Neuausrichtung der arbeitsmarktpolitischen Instrumente** ist es, die Arbeitsmarktpolitik entsprechend den Anforderungen einer gewandelten Arbeitswelt weiter zu entwickeln. Arbeitssuchende sollen schneller in Erwerbstätigkeit eingegliedert werden können als bisher. Die Instrumente wurden so überarbeitet, dass sie für die arbeitssuchenden Menschen verständlicher und für die Anwender vor Ort einfacher handhabbar sind. So wird in jeder Agentur für Arbeit ein Vermittlungsbudget eingeführt. Damit steht den Vermittlungsfachkräften ein flexibles, bedarfsgerechtes und unbürokratisches Instrument zur Verfügung, mit dem sie unterschiedliche, einzelfallbezogene Hilfestellungen leisten können. Maß-

nahmen zur Aktivierung und beruflichen Eingliederung werden geschaffen. Weniger wirksame und kaum oder wenig genutzte Instrumente werden abgeschafft. Außerdem wird der Rechtsanspruch auf Förderung der Vorbereitung auf den nachträglichen Erwerb des Hauptschulabschlusses eingeführt und die Förderung von Existenzgründungen eigenständig geregelt.

Das in 2. und 3. Lesung verabschiedete **Erste Gesetz zur Änderung des Wohngeldgesetzes** ergänzt die am 1. Januar 2009 in Kraft tretende Wohngeldleistungsnovelle um einen einmaligen Wohngeldbetrag als Ausgleich für die erhöhten Energiekosten in der Heizperiode 2008/2009. Damit soll die Wohngeldnovelle in ihrer Wirkung auf den 1. Oktober 2008 vorgezogen werden. Die Einmalzahlung ist nach der Haushaltsgröße gestaffelt.

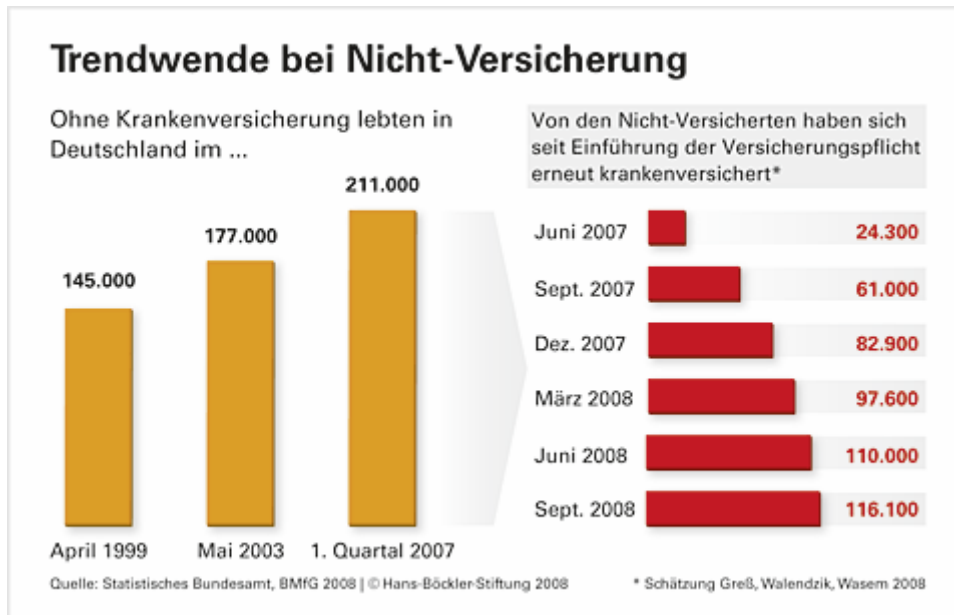
Daten und Fakten

Immer weniger Menschen in Deutschland ohne Krankenversicherung

Seit dem Inkrafttreten der Gesundheitsreform am 1. April 2007 ist die Zahl der Menschen ohne Krankenversicherung deutlich zurückgegangen. Von April 2007 bis September 2008 haben rund 120.000 Personen wieder einen Krankenversicherungsschutz erhalten. Noch im ersten Quartal 2007 lebten in Deutschland rund 211.000 Menschen ohne Krankenversicherungsschutz. Damit konnte die Zahl der nicht Krankenversicherten um knapp 57 Prozent reduziert werden. Mit einer weiteren Reduzie-

rung ist ab dem 1. Januar 2009 zu rechnen, wenn die seit 2007 für die Gesetzliche Krankenversicherung geltende Versicherungspflicht auch auf die Privaten ausgedehnt wird. Seit Mitte der 90er Jahre war die Zahl der Nichtversicherten kontinuierlich zurückgegangen.

(Quelle: Hans Böckler Stiftung)



Bachelors auf dem Arbeitsmarkt erfolgreich

Die im Zuge des Bologna-Prozesses an deutschen Universitäten eingerichteten Studienabschlüsse Bachelor und Master bewähren sich auch in der Praxis. Das gilt auch dann, wenn Studenten nach dem Bachelor direkt auf den Arbeitsmarkt gehen. Fast alle Betriebe, die bereits Erfahrungen mit Bachelorabsolventen gemacht haben, äußerten sich zufrieden. 90 Prozent der betroffenen Unternehmen lobten die höhere Praxisorientierung der Absolventen, die Mehrzahl räumt ihnen die gleichen Karriere-chancen ein wie anderen Hochschulabsolventen. Im Wintersemester 2007/2008 schrieben sich zwei von drei Erstsemester-Studenten in Bachelor-Studiengänge ein. Gemessen an der Gesamtzahl der Studenten strebt mittlerweile fast jeder dritte Hochschüler einen Bachelor- oder Masterabschluss an.

(Quelle: Institut der deutschen Wirtschaft)

Aktuell

Monika Brüning empfängt Wunstorfer Gewinner des Preisausschreibens des Deutschen Bundestages im Berliner Reichstagsgebäude

Er hatte mitgespielt – und gewonnen! Claus Broecker aus Wunstorf war einer der glücklichen Gewinner eines Preisausschreibens des Deutschen Bundestages, der zu einem dreitägigen Informationsbesuch in den Bundestag nach Berlin eingeladen wurde. In diesem Rahmen hieß die CDU-Bundestagsabgeordnete der nördlichen Region Hannover, Monika Brüning, den Gast aus Wunstorf herzlich willkommen und überreichte dem glücklichen Gewinner einen signierten Bildband über den Bundestag.



Für Rückfragen und Anregungen können Sie mich wie folgt erreichen:

Monika Brüning, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Tel.: 030 – 227 710 24
Fax: 030 – 227 760 77
Mail: monika.bruening@bundestag.de